

Zusammenfassung des Workshops „Engagement und Distanz“, Gelsenkirchen, 30.10.2019

Dieter Rehfeld

Hintergrund und Zielsetzung

Mit der Diskussion um Responsible Research and Innovation (RRI) hat die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen von Wissenschaft eine Dynamik gewonnen, die sich nicht nur auf den Nutzen als Output oder Impact, sondern auch auf den Prozess der Forschung bezieht.

Gesellschaftlicher Nutzen ist immer auch die Frage nach Nutzen für wen und wozu. Für Wissenschaft ergibt sich daraus die Frage nach einer Neujustierung des Verhältnisses zwischen Distanz und Engagement. Im Rahmen dieser Neujustierung kommt auch die – im Laufe der vergangenen Jahre immer mal wieder diskutierte - Frage nach den normativen Grundlagen von Wissenschaft erneut auf die Tagesordnung. Diese Diskussion wurde bisher weitgehend in wissenschaftsphilosophischen, moralphilosophischen oder sozialanthropologischen Diskursen thematisiert, selten im Kontext der einzelnen Disziplinen.

Im Rahmen dieses Kolloquiums wurde die Perspektive gewechselt und nach den bisherigen Erfahrungen mit RRI sowie den impliziten normativen Grundlagen in einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und vor allem im Rahmen von anwendungsorientierter Forschung gefragt. Ausgangsfragen waren: Was sind die impliziten oder expliziten normativen Grundlagen? Was ist der dahinter liegende Begründungszusammenhang? Welche Kontroversen sind damit verbunden? Was erwarten die Auftraggeber/Adressaten von

der Wissenschaft? Was bedeutet das für die Praxis von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung?

RRI – Stand der Dinge

In den einführenden Beiträgen von Simone Strambach und Thomas Stahlecker wurde auf die Wurzeln von RRI deren Fundierung und Verankerung in der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik hingewiesen. Die mit RRI verbundenen Herausforderungen sind explizit bisher kaum im Rahmen der Forschung der an der Diskussion Beteiligten gemacht worden, implizit haben sich alle in verschiedener Form – wie der weitere Verlauf des Workshops zeigte – damit auseinandersetzen müssen. Von daher war der Hinweis von Judith Terstriep konsequent, dass der normative Aspekt in der anwendungsorientierten Forschung schon immer gegeben war, nun aber explizit wird.

Verwiesen wurde auch darauf, dass RRI in nationale Forschungsprogramme diffundiert. So verwies Simone Strambach darauf, dass in Norwegen zum Beispiel ein nationales Akkreditierungsprogramm Responsible Innovation und Regional Development aufgelegt wurde, wobei Instrumente im Programm entwickelt werden sollen.

Normativer Charakter der Forschung und Forschungspolitik

Hervorgehoben wurde, dass die Diskussion um den Nutzen von Forschung zu einer stärkeren Bedeutung des normativen Aspekts, zunehmend auch als normativer Turn diskutiert, führt. Insbesondere Forschung mit transformativer Zielsetzung sollte bewusst sein, dass mit normativen Kategorien gearbeitet wird, was zur Folge hat, dass der Prozess der Forschung sich ändert und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt.

Die Frage nach dem normativen Bezugspunkt wird durch die wachsende Bedeutung von Nachfrage orientierter Innovationspolitik bedeutsam. Zu beachten ist daher, wie Stefan Siedentop ausführte, dass der normative Turn als Einfallstor für die Politisierung wirken kann, wie sich etwa an der zunehmenden Politisierung der Forschungsförderung in den USA zeigt. Generell wird bisher wenig reflektiert, dass Anwendungsforschung Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass Forschung – von Disziplin zu Disziplin sehr unterschiedlich – schon in einem normativen Kontext stattfindet. So steht Landesplanung in einer gesetzlichen Verantwortung und Medizin bzw. medizinische Forschung bewegt sich in einem ethischen Rahmen.

Anwendungsorientierung, Forschungsförderung und eigene normative Grundlage

Für Thomas Stahlecker ergibt sich daraus die zentrale Frage, inwieweit das Forschungsprogramm den eigenen normativen Vorstellungen entspricht. Wissenschaftler stehen mit ihrem normativen Verständnis für bestimmte Themen, es ist aber keineswegs gesichert, dass das, was wünschenswert ist, auch gefördert wird. Auftragsforschung beinhaltet Abhängigkeit vom Auftraggeber, damit ist immer wieder auch ein Spannungsverhältnis zwischen Reflexion und Verwertungszwang gegeben.

Was letztlich bleibt, ist die Freiheit, nein zu sagen.

Verschiedene Diskussionsbeiträge zeigen aber auch, dass es sich nicht um ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis bei der Forschungsförderung handelt. So verweist Manfred Wannöffel darauf, dass die Anreize durch die Förderprogramme (finanzielle Ressourcen, Drittmittel) zentral sein können. Ohne diese Anreize wäre Partizipation im Rahmen arbeitswissenschaftlicher Forschung nicht so bedeutsam geworden. Dadurch, dass den Hochschulen finanziell etwas geboten werden konnte, erhielt diese dort Anerkennung. Georg Mildenberger verwies am Beispiel des CIS, ein Institut das als Wissenschaftspartner der Zivilgesellschaft durch fünf Stiftungen gegründet wurde, dass eine derartige Konstellation auch Freiräume eröffnet, da die Partner durchaus unterschiedliche Vorstellungen haben. Weiterhin eröffnen die Kalkulationsrichtlinien der Universität durch die Besteuerung unterschiedlicher Projekte (Forschungsprojekte, Auftragsforschung) Handlungsspielräume eröffnen.

Grundsätzlich geht es darum, Übergriffen in die Forschung seitens der Auftraggeber Grenzen zu setzen Für Josef Hilbert ergibt sich daraus ein Spannungsverhältnis, das dazu führt, dass man sich mit dem Auftraggeber streiten muss, und diese Auseinandersetzung beginnt in der Regel mit der Definition des Auftrags.

Konsequenzen für Forschungsprozess

Im Rahmen von RRI gewinnt ein Verständnis von anwendungsorientierter Forschung an Bedeutung, die in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu gesellschaftlichen Problemlösungen führt, oder, wie Simone Strambach formuliert, Forschung erfolgt nicht „mehr“ über sind „mit“. Die Diskussion um die Frage nach der Rolle der Zivilgesellschaft im Forschungsprozess wird durch Beiträge von Judith Terstriep, Phillip Schepelmann und Georg Mildenberger eingeführt.

In der Konsequenz hat der Forschungsprozess mit einer wachsenden Zahl von Akteuren zu tun, die, wie Erich Latniak anmerkt, ihre eigenen normativen Vorstellungen haben. Die Legitimation der Ergebnisse erfolgt durch Verhandlung, was, wie Thomas Stahlecker ausführt, beinhaltet, dass beim Ausgleich immer auch ein Spielraum vorhanden ist und die Frage aufwirft, wie die Ergebnisse partizipatorischer Prozesse zu interpretieren sind.

Dabei besteht immer auch die Gefahr, wie Judith Terstiep begründet, dass Prozesse aus dem Ruder laufen, die Vorstellungen des Auftraggebers und die realen Prozesse nicht übereinstimmen. Hier besteht die Gefahr, dass das Scheitern nicht explizit reflektiert wird, da es vom Auftraggeber nicht akzeptiert wird.

Jenseits dieser allgemeinen Überlegungen stellen sich sehr unterschiedliche Fragen. Dies beginnt mit der Frage, was die Zivilgesellschaft eigentlich ist und wer in das Forschungsprojekt einbezogen wird. Ortrud Leßmann fragt, ob das, was in den Projekten stattfindet echte Partizipation ist, ob dies bei den meisten Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist. Stefan Siedentop verweist auf die Erfahrungen der Raumplanung, die gezeigt haben, dass soziale Teilhabe die Basis für gute Planungslösungen darstellt.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Distanz. Partizipatorische Forschung bei konträren Interessen gilt als oft „neutral“, eine Forschungsprojekt als die Möglichkeit, neutrale Orte zur Verfügung zu stellen. Dort hat Wissenschaft verschiedenen Funktionen: vermitteln, mit Zivilgesellschaft Problemlösungen zu produzieren, auch den Rückspiegeln von empirischen Ergebnissen stellt eine wesentliche Funktion dar. Dies korrespondiert mit den Aufgaben anwendungsorientierter Sozialforschung nach Naschold, auf die Erich Latniak verweist: Klärung, Kommunikation in Bewegung bringen, Austarieren von Konsens und Konflikt

Eine dritte Frage war die nach der Verantwortung sowohl für die Ergebnisse wie auch für den Prozess selbst. Insbesondere wäre vertieft

zu diskutieren, was nach Ende des Forschungsprojektes geschieht, sich die Forschenden aus dem Prozess herausziehen.

Interdisziplinär und disziplinär

Einigkeit bestand darin, dass das für anwendungsorientierte Forschung das Überwinden der disziplinären Wissensproduktion wichtig ist. Zwar finden sich auch in den einzelnen Disziplinen bzw. den Subdisziplinen normative Ansätze, der normative Ansatz verlangt korrespondiert in der anwendungsorientierten Forschung mit trans- und interdisziplinären Ansätzen. Offensichtlich ist auch, dass zwischen diesen und disziplinären Ansätzen strukturelle Unterschiede bestehen.

Im Wissenschaftssystem gibt es für transdisziplinäre Ansätzen noch immer gibt es wenig Anreize. Kommunikation über die Disziplinen hinaus ist keineswegs selbstverständlich und OL verweist darauf, dass interdisziplinäre Ergebnisse sind aus Sicht der Disziplinen nicht relevant sind.

Manfred Wannöffel argumentiert, dass der normative Bezug in der Grundlagenforschung geringer als in der anwendungsorientierten Forschung ist, zeigt am Beispiel der Arbeitswissenschaften, dass etwa Ingenieure auf Sozialwissenschaftler angewiesen sind, um den Anforderungen an das Partnerschaftsprinzip gerecht zu werden.

Josef Hilbert betont die Notwendigkeit, Ergebnisse wissenschaftlich zurückzubinden und fragt, was der Spielraum für eine normativ ausgerichtete Grundlagen basierte Anwendungsforschung ist?

Was für Wissen wird produziert?

Ergebnisse anwendungsorientierter Forschung sind immer auf den Kontext bezogen, je mehr einbezogen Akteure einbezogen werden, desto komplexer wird das produzierte Wissen. Die zentrale Frage ist dann, so Simone Stram-

bach, wie aus konkreten Problemlösungen gewonnenes Wissen skaliert werden kann.

Franz Flögel stellt die Frage, ob normatives Engagement nicht zur oberflächlichen Wissenschaft führt. Dieter Rehfeld verweist auf die Notwendigkeit, unterschiedliche Formen von Wissen zu unterscheiden, in anwendungsorientierten Projekten wird nicht zwangsläufig wissenschaftlichen Wissen generiert sondern eine andere Art von Wissen.

Dies sind nach Erich Latniak auch die Erfahrungen mit Aktionsforschung: diese produziert nicht gleichzeitig wissenschaftliches Wissen und Problemlösung.

Anwendungsorientierte Forschung und wissenschaftliches Ethos

Phillip Schepelmann führt zu diesem Themenbereich aus, dass Umweltbewegung und Umweltwissenschaft immer eng verbunden waren, für ihn persönlich bestand nie eine Distanz zwischen Forschung und Engagement. Von daher sind für ihn sowohl Forschung nach Modus 1 wie auch Mertons Ethos veraltet. Anwendungsorientierte Forschung braucht daher einen eigenen Modus, insbesondere Transparenz bildet dabei einen Schlüsselaspekt.

Manfred Wannöffel verweist auf Basis seiner Erfahrung als Grenzgänger zwischen wissenschaftlichen Disziplinen und Verbandsinteressen in der Koordinationsstelle darauf, dass für die IG Metall wissenschaftliche Studien nur dann interessant, wenn sie methodisch sauber sind und Konflikte stand halten. Josef Hilbert spitzt dies aus Sicht der gesundheitswissenschaftlichen Forschung zu indem er ausführt, dass „Studien Waffen“ sind, die anderen auch welche haben und es Ethikkommissionen gibt, die diese begutachten.

Ein zentrales Problem besteht für Josef Hilbert darin, dass in der anwendungsorientierten Wissenschaft die Ressourcen begrenzt sind. Dennoch sollte Wissenschaft sich nicht aus normativ begründeten Stellungnahmen zu-

rückziehen, wissenschaftliche Vorsicht sieht er als Verantwortungslosigkeit.

Konsequenzen für die wissenschaftliche Ausbildung

Simone Strambach betont, dass bezogen auf das Verhältnis zwischen anwendungsorientierter Forschung und Grundlagenforschung eine Reflexion auf Metaebene notwendig ist, die notwendigen Kompetenzen werden aber nicht ausgebildet werden.

In der anwendungsorientierten Forschung besteht die Notwendigkeit, unterschiedliche Rollen und Funktionen in der anwendungsorientierten Forschung zu klären. Wichtig ist auch, so Erich Latniak, dass anwendungsorientiert Forschende im Handlungsfeld sprach- und handlungsfähig sein müssen.

Damit stellt sich die Frage nach der wissenschaftlichen Ausbildung, inwieweit werden die notwendigen Kompetenzen ausgebildet du was können wir den Leuten (Auftrag Gebende, Beteiligte) anbieten?

Reichweite einzelner normativer Ansätze

Die Impulse für diesen Themenbereich wurden von Ortrud Leßmann und Stefan Siedentop formuliert. Ortrud Leßmann stellt den Capability Approach von Sen dar. Den Ausgangspunkt bildet eine Kritik der klassischen ökonomischen Theorie, die davon ausgeht, dass Nutzen interpersonell nicht vergleichbar ist, weil es nicht um Einkommen geht, sondern um die Frage, was für ein Leben man damit führt. Grundlegend sind Zustände, Aktivitäten, Fähigkeiten, die das Leben beschreiben, also der Capability Set. Damit wird die tatsächliche Lebenssituation betrachtet, die Menge an Verwirklichungschancen, Nutzenwerte werden verglichen. Nur Ressourcen reichen nicht, gleiche Ressourcen führen nicht zu einem gleichen Lebensstandard. Lebenswertes Leben führt zu Public Reasoning.

Stefan Siedentop stellt dar, dass das dominierende Verständnis von gleichwertigen Lebensverhältnissen, in den letzten Jahren zu einem zentralen Politikfeld hochgezogen, politisch gesetzt ist und durch das Bundesverfassungsgericht konkretisiert wurde. Es geht demnach um Sockelgleichwertigkeit, was der Mindeststandarddiskussion entspricht. Wissenschaft setzt sich skeptisch damit auseinander, weil Zweifel an der Leistbarkeit bestehen, eine Überforderung des Wohlfahrtsstaates vermutet wird und ein überholter Machbarkeitsglauben zugrunde liegt. Darüber hinaus wird dem Ansatz vorgeworfen, dass es sich um einen ökonomistischen und universalistischen Ansatz handelt, der wenig Offenheit für Differenz und Vielfalt bietet.

Stefan Siedentop verwies darauf, dass regionale Wettbewerbs- bzw. Innovationsfähigkeit ein alternatives Konzept darstellt, die Frage der Gerechtigkeit (Just City) von Susan Feinstein mit dem Differenzprinzip intensiv erörtert wurde.

Die Rolle der Wissenschaft: sieht er zum einen darin, eine objektive Abbildung der Lebensverhältnisse zu geben (die bisherige Praxis sollte durch Output-Indikatoren erweitert werden, wobei Mindeststandards als rote Linie zu sehen ist, die nicht überschritten werden darf (allerdings politisch und nicht wissenschaftlich zu setzen). Zum anderen geht es um die diskursanalytische Entwicklung eines sozialen Konstrukts, wobei Raumproduktion über Sprache und Bilder erfolgt (Beispiel „abgehängter Raum“).

Phillip Schepelmann fragt, inwieweit dieser Ansatz mit dem Ziele des degrowth, etwa in dem Regionen brach liegengelassen werden) vereinbar ist. Thomas Stahlecker verweist darauf, dass das Konzept der Wachstumspole dies durchaus impliziert und Stefan Gärtner argumentiert, dass Postwachstum keine Wachstums- sondern ein Verteilungsproblem darstellt.

Georg Mildenerberger verweist am Beispiel der degrowth Diskussion auf die Unterschiede der normativen Grundlagen zwischen den einzel-

nen Disziplinen bezogen auf die normativen Fragen liegen quer zu den Disziplinen, Dieter Rehfeld ergänzt dies durch den Verweis auf die Notwendigkeit, Zielkonflikte zu berücksichtigen. Dies wird auch deutlich, wenn Stefan Siedentop darauf verweist, dass gleichwertige Lebensbedingungen keine „ready to go“ Konzept darstellt, sondern immer wieder konkretisiert werden muss. In Zusammenhang mit Zielkonflikten sind immer auch Prioritäten zu setzen: so argumentierte Ortrud Leßmann, dass „Teilhabe“ eine zentrale Kategorie darstellt, weil sonst die Gesellschaft „auseinanderfliegt“.

Auch Josef Hilbert betont, dass es keine „Ready to use“ Konzepte gibt, aber etwa mit der sozialen Infrastruktur ein vielversprechendes Suchfeld vorhanden ist.

Ein weiterer Aspekt der Diskussion betraf die räumliche Dimension. Stefan Siedentop verwies als Beispiel darauf, dass Medizin in unterschiedlichen Weltregionen unterschiedliches bedeutet.

In methodischer Hinsicht verwies Simone Strambach darauf, dass der Mikro-Makro Link wichtig, wenn es um Lebensverhältnisse geht und die Raum-Zeit-Dynamik besser als bisher erfasst werden soll.

Josef Hilbert kritisierte die Zurückhaltung bei der Definition von Mindeststandards und sieht es auch mit Verweis um die beginnende Nutzung von Big Data als Ressource als wissenschaftliche Verantwortung an, politisch Stellung zu nehmen und dies nicht anderen Akteuren zu überlassen.

Erfahrungen aus der Arbeitswissenschaft

Ein weiteres Themenfeld bildete die Arbeitswissenschaft, Impulse für die Diskussion wurden von Erich Latniak, Antje Blöcker und Manfred Wannöffel gegeben. In der Soziologie wurde Orientierung an der Praxis lange Zeit „niedergeknüppelt“, Manfred Wannöffel verwies etwa auf die seinerzeitige Kritik an Fricke. Mobilisiert durch Forschungsförderung in die-

sem Feld erfolgte erst ab 2012 wieder eine intensivere Auseinandersetzung mit arbeitswissenschaftlichen Fragen, damit wurden auch Experimentierräume in den Hochschulen geöffnet. Heute kommen neue Aspekte hinzu, Manfred Wannöffel verwies auf die selbstlernenden Elemente neuer Technologien, die möglicherweise zu veränderten Ergebnissen führen.

Erich Latniak verwies auf soziale Nachhaltigkeit als zentrale Forschungsfrage der Arbeitswissenschaft: wie wird Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit hergestellt? Er führte aus, wie Arbeitswissenschaft sich an ihre normativen Grundlagen abgearbeitet hat und dabei ein Set von Kriterien guter Arbeit entwickelt hat, das mittlerweile institutionalisiert ist und die eingeklagt werden kann. In der Konsequenz ist Arbeitswissenschaft gezwungen, das nun auch anzuwenden.

Der soziotechnische Ansatz ist das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit nicht wissenschaftlicher Praxis, in der Beteiligte als Experten auf Augenhöhe involviert waren. Es handelt sich um eine tragfähige Synthese, die bei der Konkretisierung ausgehandelt werden musste.

Wesentlich war ein Prozeßverständnis, das sich als „joint optimization“ bezeichnen lässt. Erich Latniak betont noch einmal, dass Aktionsforschung auf praktische Lösungen zielt, die sich nicht als wissenschaftliche Erklärung nutzen lassen.

Antje Blöcker verwies auf die Tradition skandinavischer Forscher. Wissen wird im Zuge bzw. durch die Reorganisation von Organisation produziert. Die Perspektiven der Arbeitswissenschaft ergeben sich aus der Praxis, Reflexion ist Bestandteil dieses Prozesses, wobei Teilhabe im Betriebsverfassungsgesetz festgeschrieben ist.

Die Diskussion drehte sich zunächst um die Selektivität arbeitswissenschaftlicher Forschung. Paul Soemer fragte, inwieweit dies noch auf die veränderte gesellschaftliche Realität zutrifft. Ortrud Leßmann kritisierte, dass

der Arbeiter immer nur als männlicher Industriearbeiter gedacht wird, hier ein Bezug zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse über den Raum hinaus hergestellt werden kann. ME verweist auf Veränderungen in der Vorstellung von „guter Arbeit“ (etwa wachsendes Interesse an Zeitarbeitsfirmen), und fragt, was das für den normativen Bezug heißt.

Erich Latniak verweist darauf, dass neue Fragen entstanden sind und aufgegriffen wurden, etwa psychische Belastungen durch IT, Antje Blöcker antwortet darauf, dass prekäre Formen von Arbeit durch den Blick auf die Wertschöpfungskette sichtbar werden. Phillip Schepelmann verwies auf die prekäre Arbeit an den Enden der Wertschöpfungskette (Rohstoffgewinnung, Distribution), und fragte, wie eng der disziplinäre Blick sein darf.

Teilnehmende:

Dr. Antje Blöcker, Freiberufliche Wissenschaftlerin, Research Fellow am IAT Gelsenkirchen, Lehrbeauftragte an der TU Braunschweig

Michaela Evans, Direktorin des Forschungsschwerpunktes Arbeit & Wandel, IAT Gelsenkirchen

Dr. Franz Flügel, IAT Gelsenkirchen

Dr. Stefan Gärtner, Direktor des Forschungsschwerpunktes Raumkapital, IAT Gelsenkirchen

Prof. Dr. Josef Hilbert, geschäftsführender Direktor des IAT/Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

Dr. Erich Latniak, Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation des Instituts für Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg

Dr. Ortrud Leßmann, Koordinatorin des Forschungsverbund "Standards Guter Arbeit" an der Universität Hamburg

Dr. Georg Mildenerger, Leiter der Forschungsabteilung des Heidelberger Centrums für soziale Investitionen, Universität Heidelberg

Maria Rabadjieva, IAT Gelsenkirchen

PD Dr. Dieter Rehfeld, Vorsitzender des Gerhard Weisser Instituts, Research Fellow am IAT Gelsenkirchen

Prof. Dr. Phillip Schepelmann, Projektleiter am Wuppertal Institut, Professor für Politikwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal

Prof. Dr.-Ing. Stefan Siedentop, Wissenschaftlicher Direktor des ILS und Professor an der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung

Paul Soemer, Gerhard Weisser Institut

Dr. Thomas Stahlecker, Leiter des Geschäftsfelds Regionale Innovationssysteme, Fraunhofer ISI, Karlsruhe

Prof. Dr. Smone Strambach, Universitätsprofessorin für Geographie der Dienstleistungen, Kommunikation und Innovation, Universität Marburg

Dr. Judith Terstriep, Leiterin des Forschungsschwerpunktes Innovation, Raum und Kultur des IAT/Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

Prof. Dr. Manfred Wannöffel, Geschäftsführender Leiter der Kooperationsstelle Ruhr Universität Bochum/IG Metall